

Anhörung „Zukunft der JobCenter“

Podium:

Dr. Peter Bartelheimer

Soziologisches Forschungsinstitut der
Georg-August-Universität Göttingen

Heiner Brülle

Amt für soziale Arbeit der Landeshauptstadt
Wiesbaden

Siegfried Dreckmann

Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der
Argen Niedersachsen/Bremen

Pastor Karl-Heinz Friebe

Vorsitzender Arge-Beirat
Kirchliche Dienste in der Arbeitswelt

Hans-Jürgen Genz

Vorsitzender der Agentur für Arbeit Celle

Marianne Gersdorf

Vorsitzende der Geschäftsführung der
Agentur für Arbeit Hannover

Thomas Heidorn

Geschäftsführer JobCenter Region Hannover

Erwin Jordan

Dezernent für soziale Infrastruktur
der Region Hannover

Dr. Rolf Schmachtenberg

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Dr. Götz von Einem

Geschäftsführer Grundsicherung SGB II
Regionaldirektion Niedersachsen/Bremen

Sebastian Wertmüller

Vorsitzender des DGB Region Mitte

Moderation:

Andreas Strauch

Sprecher des Arbeitskreises Qualifizierung
und Berufliche Bildung

Arge hat sich im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit bewährt – Strukturen dürfen nicht zerstört werden!

Das mit knapper Mehrheit ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, mit dem die Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kommunen für verfassungswidrig erklärt wurden, zwingt uns als politisch Verantwortliche in der Region Hannover, die Strukturen neu zu überdenken.

Es ist in dem Urteil nicht angezweifelt worden, dass für langzeitarbeitslose Menschen individuelle Hilfen „aus einer Hand“ erforderlich sind und sich als zielführend erwiesen haben. Es muss eine verfassungskonforme Aufgabenwahrnehmung gefunden werden, die diesen Aspekt weiterhin berücksichtigt.

Die Arge in der Region Hannover ist ein erfolgreiches System, bei dem die Kompetenz der Kommune in der Sozialpolitik und die Kompetenz der Bundesagentur bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt gebündelt zum Einsatz kommen.

Jetzt sind neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur und Kommune gefragt. Bestehende Strukturen müssen berücksichtigt werden.

Doch vor allem müssen die Leistungen für die Menschen weiterhin reibungsfrei und in hoher Qualität erbracht werden – das ist wesentlich.

Die Beschäftigten in den JobCentern brauchen Sicherheit und klare Aussagen. Lange Übergangszeiten, die Unsicherheit produzieren, müssen vermieden werden.

Aber wir dürfen und werden uns nicht unter Zugzwang setzen lassen. Es gibt nicht nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten – zuständig Regionsverwaltung oder Bundesagentur – sondern auch Lösungen dazwischen.

Unser Wille ist weiterhin die Aufgabenwahrnehmung unter einem Dach. Welche Wege es dazu gibt, wollen wir in einer Expertenanhörung

**am Dienstag, den 26. Februar 2008,
16.00 Uhr, im Neubau der Region Hannover,
Hildesheimer Str. 18, 30169 Hannover,
Sitzungsräume 002/003**

klären und erörtern.

Zu dieser Veranstaltung laden wir Sie ganz herzlich ein.



(Bodo Messerschmidt)
Fraktionsvorsitzender



(Andreas Strauch)
stellv. Fraktionsvorsitzender